

Gewerkschaft liche Monatshefte 9'78

Karl Kühne:

Im Schatten des Eurokommunismus: Gewerkschaftspolitik in Italien und Spanien

Dr. Karl Kühne, geboren 1917 in Bremerhaven, war bis 1959 Leiter der Verkehrswissenschaftlichen Abteilung beim Hauptvorstand der ÖTV. Seit 1960 ist er bei der Europäischen Kommission in Brüssel tätig. Karl Kühne ist langjähriger Mitarbeiter unserer Zeitschrift.

Die Wurzeln dessen, was man heute als „Eurokommunismus“ bezeichnet, reichen tief in die Vergangenheit zurück. Es kommt hinzu, daß diese Wurzeln in der besonderen Spielart der mediterranen Linken überhaupt zu suchen sind, wobei nicht vergessen werden darf, daß in diesem Raum anarchosyndikalistische Traditionen seit jeher eine unterschwellig selbst in sozialistischen und kommunistischen Parteien, vor allem aber auf Gewerkschaftsebene mitwirkende Komponente darstellen. Nachstehend soll kurz versucht werden, diese Tatbestände unter Rückgriff auf neuere Ereignisse und Äußerungen führender Männer der mediterranen Linken zu ergänzen¹.

¹ Vgl. den Aufsatz des Verfassers in Heft 9/77: Eurokommunismus - Ursprünge, Wirtschaftspolitik und Rolle der Gewerkschaften. Für Frankreich vgl. die Beiträge von Francois Sellier und Jechalke/Ruhm in diesem Heft.

Sehr viel schwieriger ist es, die Auswirkungen dieser Tendenzen und des betonten Richtungswechsels mindestens der italienischen und spanischen kommunistischen Parteien auf die jeweils damit verbundene Gewerkschaftsrichtung darzustellen. Dabei sind zwei Überlegungen in den Vordergrund zu rücken: Beide Parteien und ihre Gewerkschaftsbewegungen haben bisher in und von der Opposition gelebt. Sie hatten in der Vergangenheit die syndikalistischen Traditionen im Sinne *Sorels* und seiner Gesinnungsgenossen als eine Art permanenter Vorbereitung auf die Revolution konzipiert, womit die Frage, wie sich ihre Aktionen auf die Wirtschaft und die staatliche Struktur des Landes auswirken mußten, sekundär blieb oder allenfalls destruktive Konsequenzen geradezu begrüßt wurden. Nun hat aber das Gespenst des chilenischen Präsidenten *Allende* und das bluttriefende Bild seines Henkers *Pinochet* gerade die italienischen Kommunisten und nicht zuletzt ihre Gewerkschaften tief verstört. Zu dieser Gefahr von rechts gesellte sich in der Zwischenzeit der Terror links sein wollender Extremisten, deren Morde und Attacken inzwischen die verängstigten Wählermassen Italiens nach rechts treiben. In dieser Zwickmühle haben insbesondere die italienischen Kommunisten ihr Interesse an einer Erhaltung des Staatsgefüges entdeckt, womit sich logisch auch auf dem Gewerkschaftsflügel Mäßigung und Appell zur Vernunft durchsetzen mußten, insbesondere angesichts einer Inflationsziffer, die zeitweilig praktisch nahezu eine Verdoppelung des Preisniveaus in drei Jahren bedeutete. Man erkannte, daß trotz Indexklauseln schließlich, wie schon einmal in der großen Inflation der Weimarer Republik, die Lebenshaltung der Massen unter einer derartigen Übersteigerung der Preisentwicklung ebenso leiden mußte wie ihr Kampfgeist.

Die zweite Überlegung ist diese: Neben den akuten Gefahren, die vom rechten und linken Terror drohen und auf der wirtschaftlichen Ebene aus Rezession, Massen- und Jugendarbeitslosigkeit und Inflation mit doppelstelligen Jahresraten zusammengebraut sind, steht auf der anderen Seite die Notwendigkeit, sich mit der Nähe zur Macht auseinanderzusetzen. Diese Notwendigkeit bleibt nach wie vor für die italienischen Kommunisten gegeben, auch nach der kürzlichen Wahniederlage, die man teilweise dem Mitleidserfolg der italienischen Christdemokraten nach der Ermordung *Moros* zuschreiben mag, andererseits aber auch einer Rückkehr eines Teiles der Wählerschaft zu den Sozialisten, die speziell gegenüber den Terroristen eine eigene Konzeption an den Tag gelegt hatten: In den Provinz- und Gemeindevahlen vom Mai 1978 kehrten fast alle Parteien wieder auf den Stand von 1972 zurück, wengleich die Christdemokraten vier Punkte darüber blieben (Sozialisten: 13,3% - 1972: 13,5; Kommunisten 26,5% - 1972: 27,5; Christdemokraten 42,5% - 1972: 38,7). Dennoch muß man damit rechnen, daß nach einigem Abstand vom *Moro*-Mord und bei Parlamentswahlen die Kommunisten wieder an die 30%-Grenze herankommen werden. Damit aber bleibt Italien ohne ihre Mitwirkung unregierbar. Und das gilt vor allem in bezug auf die Gewerkschaften, die zweifellos eine Schlüsselstellung für die Wirtschaftspolitik innehaben: Sie werden den Massen jene

Lohnmäßigung suggerieren müssen, die die deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren praktizierten. Je näher aber eine politische Richtung zur Macht kommt, desto vorsichtiger muß sie taktieren und desto mehr muß sie daran denken, welche Folgen Zerrüttungstendenzen in den eigenen Reihen für ihre Minister in einer Regierung übermorgen haben mögen.

In diesem Zusammenhang stellt sich für die kleinere Linkspartei, die Sozialisten, die Versuchung ein, die KPI von links zu überholen - zumal die Sozialisten mit einer solchen Politik besonders in Fragen mit klerikalem Interesse darauf hoffen können, die meist von ihnen abgesplitterten sogenannten „Radikalen“ wiederzugewinnen.

Der Wirtschaftsrahmen für die italienische Gewerkschaftsbewegung

In diesem Klima hatte und hat die italienische Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Sie begann mit der antifaschistischen Einheitsorganisation CGIL 1944, die schon ab 1948 die Abspaltung der vor allem christlich-demokratischen und dann durch Anschluß der Republikaner und Sozialdemokraten der FIL erweiterten CISL sah, dieweil radikalere Sozialdemokraten und Republikaner die UIL gründeten. Der CISL sagte man einen Grad von Mäßigung nach, der sie oft nahezu in Gleichklang mit dem Industrieverband brachte². Erst ab 1970 kam es wieder zu einer Annäherung zwischen den drei Organisationen, die sich zu einer Konföderation zusammenfanden, allerdings nicht, wie geplant, schon 1973 zur vollen Verschmelzung kamen.

Zu dieser Wiederannäherung hatten eine Reihe von Faktoren beigetragen: Kaum ein Drittel der Arbeitnehmer ist gewerkschaftlich organisiert, und diese zahlen niedrige, schwer eintreibbare Beiträge. Der Streit zwischen den Gewerkschaften trug zum geringen Anwachsen der Reallöhne in den fünfziger und sechziger Jahren bei. Streikgelder wurden nur selten gezahlt. Die Rezessionen von 1964/65, 1971, 1975 und vom Herbst 1977 schwächten nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung. Regelrecht bedroht wurde deren Einfluß vor allem durch die - von den Pariser Ereignissen von 1968 beeinflusste - Lohnexplosion von 1969, die durch die Radikalisierung auf Betriebsebene, oft unter Führung linksextremer (maoistischer) Elemente, ausgelöst wurde. Die alten Betriebsräte (Commissioni interne) wurden in den Hintergrund gedrängt, und die (oft durch Handaufheben gewählten) „Fabrikkomitees“ mit ihren „delegati“ beherrschten die Betriebe. Die Gewerkschaften bekamen die Situation nur dadurch in die Hand, daß die ab 1962/63 einsetzenden, aber bis 1968 schüchtern gebliebenen Bemühungen um Lohnverhandlungen auf Betriebsebene, die von den Provinzialgewerkschaftsverbänden durchgeführt wurden, ab 1970 intensiviert wurden, nicht zuletzt durch das

² Das ist eine Formulierung von K. J. Ailen/A. A. Stevenson in ihrem Buch „An introduction to the Italian Economy“, London 1974, S. 134.

sogenannte „Arbeitercharta“-Gesetz, das der Gewerkschaftstätigkeit in den Betrieben den Weg öffnete, wo sie vorher vielfach durch arrogant-klassenbewußte Arbeitgeber mit Hausherrnallüren verhindert worden waren - bis diese dann mit Linksextremisten entsprechende Erfahrungen machten. Gleichzeitig führte der „heiße Herbst“ auch zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Gewerkschaftseinigung; ferner bemühten sich die Gewerkschaften bei verbesserter Finanzlage um eine Distanzierung von den politischen Parteien. Trotzdem mußten z. B. noch 1969 die - unter dem Druck der Massenbewegung durchgesetzten, wie in Frankreich 1968 großzügigen — Abmachungen den „delegati“ der Fabrikkomitees und den Arbeitnehmerversammlungen zur Billigung unterbreitet werden. Auch heute noch sind die Komitees nicht voll in der Hand der Gewerkschaften.

Die Explosion des „heißen Herbstes“ von 1969 war nicht allein die Folge der schüchternen Lohnpolitik der vorhergehenden Jahre. Mindestens ebensoviel trug dazu die unzureichende öffentliche Politik im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau und die Vernachlässigung von Infrastruktureinrichtungen — von den antiquierten Krankenhäusern bis zu den überfüllten Schulen - dazu bei. Somit waren die Gewerkschaften gezwungen, sich mit diesen Fragen der öffentlichen Versorgung mit gemeinwirtschaftlichen Leistungen und mit den Lebensverhältnissen der Massen zu befassen. Die inflationäre Entwicklung ab Frühjahr 1973 war zwar nach dem Urteil objektiver Beobachter weitgehend importiert - vor allem im Anschluß an das „Floating“ der Lira³; andererseits haben die drei großen Industrie-Reallohnsprünge von 1963/64(11%), 1969/70 (16%) und 1973 (15%) wegen ihres abrupten Charakters sicherlich die inflationären Tendenzen angeheizt. Aber das alte Wort von Marx, daß die zeitweilige Besserstellung der Arbeiterklasse auf dem Höhepunkt der Hochkonjunktur nur der „Sturmvogel“-Vorbote einer Krise sei, bewahrheitete sich in Italien besonders kraß. Damit wurde dann den italienischen Gewerkschaften das Konjunkturbewußtsein gewissermaßen mit dem Knüppel eingebleut, und sie begannen sich notgedrungen prioritär für Konjunktur- und Wachstumspolitik zu interessieren.

Ein besonderes Kapitel sind die Streiks, für die Italien berüchtigt ist. Der durchschnittliche Verlust an Arbeitstagen pro 1000 Beschäftigte lag in Italien im sechziger Jahrzehnt an der Weltspitze. Aber der Schwerpunkt der Streiks in Italien lag eben im „heißen Herbst“ des Jahres 1969, als mit 303 Millionen Arbeitsstunden ein größerer Verlust eintrat als in den acht Jahren 1951-1958, zum Beispiel. Hinzu kommt: Einmal ist für Italien der häufige und unberechenbare Kurzstreik typisch, der durch Unsicherheitsauslösung besonders zerrüttend wirkt, und zweitens kommt der hohe Grad von Arbeitsabwesenheit hinzu- selbst im schlimmsten Streikjahr 1969 gingen dadurch dreimal mehr Arbeitsstunden in der Industrie verloren als durch Streiks!

³ Ebenda, S. 286.

Wende in der italienischen Gewerkschaftspolitik?

Mitte Februar 1978 erreichte ein Interview des führenden Mannes der kommunistisch inspirierten Gewerkschaft Italiens, *Lama*, großes Aufsehen: Lama hatte zugegeben, daß „der Lohn keine unabhängige Variable des Wirtschaftsprozesses“ sei; er hatte weiter zugegeben, daß man die Unternehmen nicht auf die Dauer dazu zwingen könnte, überschüssige Arbeitskräfte zu halten, und er hatte in großen Zügen angedeutet, man müsse im Interesse einer Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten das „kapitalistische System“ schonen⁴. Nun stand das Lama-Interview keineswegs einsam im Raum. Es stellte im Gegenteil die Zusammenfassung einer Reihe von Gedankengängen dar, die schon seit dem Vorjahre in einer Reihe von Kongressen erörtert worden waren und dann in einem gemeinsamen Dokument der „Föderation“ der drei großen Gewerkschaftsverbände am 14. Januar 1978 in sehr viel verklausulierterer Sprache zum Ausdruck gekommen waren⁵.

Greifen wir etwas zurück: Einer der drei Verbände, die *Unione italiana del lavoro* (UIL), die vor allem sozialistisch-republikanisch orientierte Organisation, hatte Ende April 1977 einen Kongreß veranstaltet, auf dem neben dem Bericht des Gewerkschaftsführers *Benvenuto* die Beiträge einiger Ökonomen im Vordergrund standen. *Benvenuto* war in seinem Bericht davon ausgegangen, eine Inflationsrate von 20% im Jahre und darüber müsse jedes Wirtschafts- und Sozialsystem aus dem Gefüge bringen, vor allem dann, wenn gleichzeitig die Investitionen stagnierten, die Volkswirtschaft vom Kredit des Auslands lebe und „die Übergangswege von der Schule zum Arbeitsmarkt blockiert sind“. Der letztere Punkt betraf die Massenarbeitslosigkeit der Jugend, die die Basis darstellt für den Terrorismus in Italien und die allerdings weitgehend mit dadurch bedingt ist, daß die Unternehmen ihre überschüssigen Arbeitskräfte nicht freigeben, somit an die Stelle älterer Arbeiter auch keine Jugendlichen treten. Allerdings würde mit den Ideen *Lamas*, wonach entlassenen Arbeitern die Priorität zur Wiedereinstellung garantiert werden sollte, diese Situation auch nicht besser.

Benvenuto hatte in seinem Bericht vor allem die Spekulation für die Inflation verantwortlich machen wollen. Wenn in den neueren Streitigkeiten, die zwischen der — im Sinne *Lamas* gemäßigten — CGIL und der nichtkommunistischen, aber lohnpolitisch radikaleren CISL ausgebrochen sind, die UIL eher dem *Lama*-Standpunkt zuneigt, so dürften dabei Veranstaltungen wie dieser Kongreß nicht unerheblich mitgewirkt haben.

4 Veröffentlicht in der Zeitschrift „Repubblica“ vom 14. 1. 1978.

5 Abgedruckt in: „Mondo Economico“ vom 28. 1. 1978, S. 76 ff. unter dem Titel „Le proposte per una svolta di politica economica“ - Gewerkschaftsvorschläge zu einer Wende in der Wirtschaftspolitik.

Die Gemeinschaftserklärung vom 14. Januar 1978

Das Lama-Interview war eigentlich nichts anderes als eine Form des Weiterdenkens der Erklärung des gemeinsamen Vorstands des Dreier-Verbandes („Direttivo Unitario“) vom 14. 1.1978. Darin wurde eingangs festgestellt, eine „entscheidende Wende der Wirtschaftspolitik“ sei erforderlich: In breiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft sei die Unzufriedenheit auf einem Höhepunkt angelangt, wie dies u. a. die Forderung nach einem Generalstreik beweise. Die „defensive Strategie“ breiter Schichten könne nur dann überwunden werden, wenn es zu einer stabilen Wirtschaftsexpansion komme. Dabei dürfe allerdings weder ein weiterer Währungsverfall noch eine Fortsetzung der Inflation zugelassen werden. Die Gewerkschaften gestehen Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung sowie auch eine Pensionsreform, die das wachsende Sozialdefizit bannen soll, allerdings das Prinzip der „dynamischen Rente“ wahrt und wohl nur Doppelrenten u. ä. ausmerzen soll, als Konzession zu. Sie fordern aber eine Mitsprache in allen Entscheidungen.

Bedeutsam ist vor allem das Zugeständnis, daß eine „angemessene Mobilität der Produktionsfaktoren“ zustande kommen müsse. Dazu fordern die Gewerkschaften Berufsorientierung und Umschulung, Verbesserung des Arbeitsnachweises usw. Dafür „übernehmen die Gewerkschaften autonom eine Verhaltensweise auf der Ebene der Lohnpolitik, die im Einklang steht mit den generellen Zielen des Wachstums und der Höchstbeschäftigung“. Die Beschäftigungsprobleme hätten Priorität. Dabei müsse der Beschäftigungseffekt öffentlicher Investitionen im Vordergrund stehen. In den nächsten drei Jahren könne diese Haltung zum Ausdruck kommen „in einer verantwortungsbewußten Zurückhaltung in bezug auf Lohnforderungen und deren hauptsächlichliche Abstellung auf eine spätere Differenzen ausgleichende Lohnpolitik und Verbesserung der Arbeitsqualität“.

Allerdings wurde gleichzeitig angekündigt, man werde die Lohnindexierung („scala mobile“) sowie den Inhalt der Pensionsregelungen zu verteidigen wissen, „wenn auch mit den Modifikationen, die die Gewerkschaft der Regierung mitteilt“. Gleichzeitig wurde eine Reform der öffentlichen Verwaltung und des Steuersystems an Haupt und Gliedern gefordert, mit Quellensteuer auf Bankzinsen usw., Bekämpfung der Steuerhinterziehung und anderen Maßnahmen. Dazu zählt auch die Ausstattung der Kommunen mit eigenen Einnahmequellen und eine dezentralisierte Finanzstruktur mit Finanzausgleich. Man fordert Investitionsprogramme, Ausbau der Infrastruktur vor allem im Krankenhauswesen, Reorganisation der Verteilungsstruktur und gleichzeitig Vermeidung der Anheizung der Inflation durch Tarifierhebung im öffentlichen Verkehr und in der Versorgungswirtschaft. Bei Firmenbankrotten werden angemessene Entschädigungen verlangt und baldige Wiederbeschäftigung mit Priorität, eventuell in öffentlichen Unternehmen „in sozial nützlichen Aufgabenbereichen“.

Personalthortung und Inflation in der Rezession 1975

Diese letzteren Forderungen sind nicht problemlos, und hier klafft auch ein gewisser Widerspruch: Die öffentlichen Unternehmen Italiens haben bereits einen Personalüberhang und riesige Defizite - ihre weitere Einbeziehung in die Beschäftigungspolitik könnte gerade zu den Tarif- und Preiserhöhungen führen, die die Gewerkschaften nicht wollen. Die Crux der Beschäftigungspolitik betrifft im übrigen die gesamte italienische Wirtschaft: Lama hatte den Finger auf die Interessengegensätze zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten gelegt, wobei zwei Drittel der letzteren unter 25 Jahre alt sind.

In einer neueren Studie der französischen Autoren *Boyer* und *Mistral*⁶ ist nachgewiesen worden, daß einer der Hauptgründe für die Inflation mitten in der Rezession die „Hortung“ von Personal in der Wirtschaft (ohne Landwirtschaft) sei - das gilt danach für alle Länder. Die Beschäftigung hätte 1975, wenn sie im Einklang mit der Produktionsschrumpfung zurückgegangen wäre, um 10 bis 20% sinken müssen. Aber nur in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik kam es zu einer einigermaßen rücksichtslosen Entlassungspolitik, im letzteren Lande (aber auch in den USA?) erleichtert durch Abschiebung von Fremdarbeitern - diese beiden Länder haben ungefähr halb soviel Entlassene, wie man nach dem Produktionsrückgang erwarten dürfte, die Niederlande ein Drittel, Frankreich und Großbritannien rund ein Viertel, Japan ein Sechstel - aber in Italien hat die Beschäftigung trotz Produktionsrückgang sogar noch zugenommen.

Dieses Beispiel zeigt, wie wenig sich die Situation der mediterranen Länder mit der der Bundesrepublik vergleichen läßt, in der die Mäßigung in der Lohnpolitik durch drastische Entlassungspolitik konfrontiert wurde. Will man die Mobilität der Arbeitskräfte fördern, wird man kaum umhin können, auf die Priorität der Wiederbeschäftigung gerade arbeitslos gewordener Arbeitskräfte zu verzichten, wie übrigens Lama angedeutet hatte. Mit der Priorität der älteren Arbeitnehmer läßt sich auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit — jeder achte Jugendliche ist arbeitslos — erklären.

Der „Dualismus“: Problematik der Zwergbetriebe und des Sozialdumpings

Italien hatte ohnehin erst sehr spät die Freizügigkeit der Arbeitskräfte bekommen. Bis 1961 galt noch — im Widerspruch zur Verfassung — ein Gesetz aus faschistischer Zeit, wonach niemand in eine Stadt mit mehr als 25 000 Einwohnern ziehen durfte, wenn er nicht *vorher* einen Arbeitsplatz dort nachwies; und man konnte auch keine Arbeitsunterstützung außerhalb des gesetzlichen Wohnsitzes beziehen oder durch Arbeitsämter außerhalb seines Heimatortes vermittelt werden. Hinzu kamen

6 R. Boyer/J. Mistral, *Accumulation, inflation, crisis*, Paris 1978, S. 149 ff.

andere Rückschrittlichkeiten wie die Nichtverbindlichkeit von Tarifverträgen bis 1959/60 für Nichtorganisierte, wobei das Gesetz „Ergo Omnes“, das diese Verbindlichkeit dann aussprach, nicht für später abgeschlossene Tarifverträge galt.

Alles dies hat die schon von der britischen Ökonomin *Vera Lutz* in den fünfziger Jahren kritisierte Aufspaltung des italienischen Arbeitsmarktes gefördert, der sich durch den Dualismus zwischen Groß- und Kleinfirmen auszeichnet: 1951 waren 46%, 1971 immer noch 45 % aller Arbeitnehmer der Industrie in Firmen mit weniger als 50 Beschäftigten tätig. Die Zahl der Heimarbeiter hat in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kleinbetrieben sind sehr viel schlechter; Nichtabführung von Sozialbeiträgen ist gang und gäbe, Halbwüchsige — für die gar keine Beiträge entrichtet werden dürfen — werden illegal beschäftigt, nur 3% der Heimarbeiter sind sozialversichert⁷.

Neuere Gewerkschaftsdebatten in Italien

Der Dreierverband der Gewerkschaften hat sich angesichts all dieser Probleme nicht zu gemeinsamen Konzeptionen im Detail durchringen können. Im April wurden Stimmen laut, die auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Verbänden deuteten⁸. Man sprach von einer „widerwilligen Nachgiebigkeit“ gegenüber dem Regierungsprogramm vor allem beim katholischen Gewerkschaftsbund CISL, der der kommunistisch geführten CGIL eher allzu großes Entgegenkommen vorwarf, wobei die sozialistisch-republikanische Gewerkschaft UIL eine vermittelnde Stellung einnahm.

Gewerkschaftspolitisch sind fünf große Fragenkomplexe umstritten: Da geht es zunächst um die Vereinheitlichung der Lohnabrechnung („*riforma della busta paga*“), an der die CISL sehr interessiert ist, während die CGIL Verhärtung privilegierter Positionen fürchtet: Hier sollen Stufenzuschläge etwa 4-5 % betragen, Entlassungsprämien nicht mehr als 10 Monatslöhne ausmachen, nicht mehr als 15 „*mensilità*“ gezahlt werden usw. Zweitens soll innerhalb von 9 Jahren eine generelle Tarifreform durchgeführt werden. Drittens fordert man eine Arbeitszeitverkürzung vor allem von Seiten der CISL: Diese soll jetzt vor allem in Süditalien und in gefährlichen Arbeitssektoren begonnen werden. Viertens geht es um eine Lockerung der Politik der Entlassungsverhinderung, nicht zuletzt im Interesse der Jugendlichen. Fünftens wird die Indexierung der Löhne wohl einer gewissen Reform unterliegen, mindestens insofern, daß damit keine größere Reallohnsteigerung mehr verbunden sein soll, eventuell sogar nach englischem Vorbild eine gewisse Abflachung. Es sieht so aus, als sei die CGIL in diesen beiden letzten Fragen besonders konzilient.

⁷ Vgl. dazu das Buch des ehemaligen Gewerkschaftsführers E. Gorrieri, *La Giungla Retributiva*, Bologna 1973, S. 128 ff.

⁸ Z. B. der Artikel: *Il costo della crisi sindacale*, in: *Mondo Economico*, 22. 4.1978. Vgl. zum Folgenden auch: *Il sole - 24 Ore*, 12. 5. 78; *Il Tempo* vom 26. 7. 1978; *Mondo Economico* vom 22. 7. 78.

Im Juli schlugen vor allem die Wellen hoch um den Bericht des Vertreters des Internationalen Währungsfonds, *Alan Whittome*. Dieser hatte festgestellt, daß die Defizite im Unternehmensbereich durch Kapitalverzehr gedeckt worden seien, und eine Brechung der Inflation gefordert, die praktisch nur durch zeitweilige Außerkraftsetzung der Lohnindexierung, Pensionsreform, Eindämmung der öffentlichen Verbrauchssteigerung und Investitionsintensivierung, vor allem auch durch öffentliche Investitionen, im Bauwesen, im Agrarsektor und im Süden erfolgen könne. Die Gewerkschaftsführer reagierten überwiegend negativ. *Macario* (CISL) warnte vor der Aufgabe der Indexierung, die keineswegs inflationär wirke, sondern die Inflationbremse, weil die Verantwortlichen wüßten, sie müßten nachher höhere Löhne zahlen - damit würde die „finanza allegra“ eher verhindert. . . *Dido* (CGIL) meinte, Regierungsmitglieder hätten Herrn Whittome die Feder geführt. *Buglio* (UIL) plädierte für „ernsthafte“ Beschäftigungsplanung, und nur sein Kollege *Rossi* konzedierte, der „gordische Knoten“ der international gesehen hohen italienischen Lohnkosten müsse durchhauen werden. Es wird sich zeigen, ob Lama die Rolle des britischen Sozialpaktvaters *Jones* übernehmen kann und will.

Der Hintergrund für die spanische Gewerkschaftspolitik: hochgradige offene und höchste versteckte Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zu ihren Kampfjahren unter Franco sind die spanischen Gewerkschaften - das gilt sowohl für die kommunistisch geführten „Comisiones Obreras“ wie für die sozialistische Gewerkschaft UGT - relativ gemäßigt. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß in Spanien noch stärker als in Italien sowohl offene als versteckte Arbeitslosigkeit vorherrscht. Der Ökonom *Antonio Lopez Nieto* hat hierzu kürzlich eine Studie veröffentlicht: Im dritten Quartal 1977 belief sich danach die offene Arbeitslosenquote in Spanien auf 7,6%, gegenüber 8,1% in Großbritannien, 7,1% in Italien und 3,6% in der Bundesrepublik (nach vergleichbaren Kriterien gemessen)⁹. Für den Monat Mai 1978 bezifferte Nieto die offene Arbeitslosigkeit auf 1 010 000 Personen. Dazu kamen aber nach seiner Studie noch 620 000 Menschen, die sich aus dem Arbeitsmarkt wegen Aussichtslosigkeit zurückgezogen hatten. Weiter sind in den Betrieben nach seiner Ansicht 717 000 Personen überzählig, die wegen der gesetzlichen Erschwerung von Entlassungen (der sogenannten „rigidez de plantillas“, Personalbestandsstarre) nicht auf dem Arbeitsmarkt erscheinen: Alles in allem ergibt das eine „eigentliche“ konjunkturelle Arbeitslosigkeit von 2 347 000 Personen oder 16,89% der Erwerbstätigen. Zwar meint Nieto, daß nur etwa 287 000 der „einbalsamierten Arbeitslosen“ in den Betrieben nicht wieder Arbeit finden würden, wenn sie entlassen werden könnten; dafür rechnet er aber in Zukunft mit 652 000 Überschuß-Arbeitskräften auf dem Lande, so daß sich für ihn eine „potentielle“ Arbeitslosigkeit von rund drei Millionen ergibt.

⁹ A. L. Nieto, Se necesitan cinco millones de puestos de trabajo, *Actualidad Económica*, Nr. 1050, 6. 5. 78, S. 55/56, 59.

Wenn man dazu bedenkt, daß Spanien eine der höchsten Inflationsraten (22,5%) der westlichen Industrieländer aufzuweisen hat (fast doppelt soviel wie neuerdings in Italien), so wird die Problematik, die sich für die italienische linke Gewerkschaftspolitik ergibt, in Spanien gewissermaßen potenziert. Positiv wirkt sich für die kommunistisch geführte Gewerkschaftsbewegung nur die Tatsache aus, daß die spanische kommunistische Partei mit ihrem Anteil von nur 9% an den Stimmen der letzten Wahl weit von jeder Regierungsverantwortung entfernt ist, womit die kommunistisch geführte Gewerkschaftsbewegung mehr Spielraum zu haben scheint. Andererseits ist sich jedoch gerade die spanische kommunistische Führung mehr denn jede andere der Gefahr bewußt, daß ein „Pronunciamento“ (der klassische spanische Begriff für „Putsch“) im chilenischen Stil eine Version der franquistischen Diktatur zurückbringen könnte; hier würdigt man den fortschrittlichen König als Versicherungssatz. Am Rande sei übrigens bemerkt, daß die offizielle Arbeitslosenquote im benachbarten Portugal 18% beträgt; die wirkliche Quote wird von nüchternen Beobachtern eher auf 25% geschätzt¹⁰.

Der zukünftige Rahmen für die Gewerkschaften in Spanien

Allerdings darf man nicht vergessen, daß diese Situation erst relativ jungen Datums ist. In einer Studie der Zukunftsperspektiven bis zum Jahre 2000 erinnert der Ökonom Aguirre¹¹ daran, daß in der Periode 1963 bis 1972 - also in den Ausgangsjahren des Franquismus - die spanische Produktivität mit 8,6 % pro Jahr wuchs, also doppelt so rasch wie die deutsche und anderthalbmal so rasch wie die britische. Das war allerdings in erster Linie eine Folge der Massenabwanderung vom Lande; wenn sie so weitergeht wie bisher, wird 1990 die Hälfte der heutigen Landbevölkerung in die Städte abgewandert sein. Der zweite Faktor bei der Produktivitätssteigerung war die Tatsache, daß der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt in Spanien extrem hoch ausfiel: 1969 lag er bei 32%, vier Punkte über dem Italiens und sieben über dem Frankreichs. Es scheint, daß die diktatorische Struktur es erlaubte, einen so hohen Investitionsanteil auf dem Wege über hohe Gewinne aus der spanischen Wirtschaft herauszuholen. Das wird in der Demokratie nicht mehr so leicht sein. Allerdings blieb gleichzeitig das absolute Produktivitätsniveau pro Arbeiterstunde noch sehr gering: Die Produktion pro Arbeiterstunde belief sich 1969 in Spanien auf 2,2 \$, gegen 6,2 in der Bundesrepublik und 5,6 in Frankreich. Das Kunststück wird nun darin bestehen, daß die spanischen Gewerkschaften einerseits das Lohnniveau anheben müssen, andererseits aber auch die Produktivitätsentwicklung und damit die weitere Investitionstätigkeit nicht aus den Augen verlieren dürfen. Allerdings liegt der Hauptgrund für die niedrige Produktivität darin, daß ein viel zu hoher Anteil der Arbeitskräfte noch immer in der Landwirtschaft beschäftigt ist. Deren Über-

¹⁰ Economist, 28. 5. 1977, Survey „Portugal“, S. 25.

¹¹ Claudio Aguirre, Europa 2000, Actualidad Económica, Nr. 1050, 6. 5. 78, S. 69.

führung in die Städte wird jedoch ähnliche sozialpolitische Spannungen hervorrufen — vor allem im gegenwärtigen Klima der Massenarbeitslosigkeit —, wie diese in Italien zur Explosion des „heißen Herbstes“ geführt haben. Die Gewerkschaften haben hier eine wenig beneidenswerte Führungsaufgabe.

Die relativen Gewerkschaftsstärken

Die führende Gewerkschaft in Spanien ist zweifellos die kommunistisch inspirierte Organisation der „Arbeiterkommissionen“ (Comisiones Obreras). Allerdings ist ihr Vorsprung nicht so groß wie der der CGT in Frankreich: Bei den Betriebsratswahlen im März errang diese Organisation nach den Statistiken des spanischen Arbeitsministeriums etwa 35% der Sitze, die sozialistisch geführte UGT dagegen 22%. Die Nachrichtenagentur EFE rechnete den Comisiones Obreras (CCOO) 37%, der UGT 31% zu. Die Gewerkschaften selbst erkennen sich jeweils höhere Anteile zu. Die CCOO weisen aber - wohl mit Recht - darauf hin, daß viele ihrer Mitglieder in den Firmen mit weniger als 250 Beschäftigten, die die große Mehrheit ausmachen, individuell gewählt wurden, d. h. ohne CCOO-Liste.

Es ist recht schwierig, den gerade erst legal gewordenen Gewerkschaften eine eigene Wirtschaftspolitik zurechnen zu wollen. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der politischen Parteien zu betrachten, die hinter den beiden Gewerkschaftsorganisationen stehen.

Das Programm der spanischen Linken

In Spanien sind die Chancen für die sozialistische Partei, insbesondere nach der Wiedervereinigung mit linken Gruppen, erheblich größer als für die Kommunisten, wenngleich sich letztere besonders intensiv „eurokommunistisch“ gebärden. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der spanischen Sozialisten beherrschen damit das Gesamtbild der Linken. Besser als alle Programme erhellen diese Vorstellungen aus der Debatte mit führenden Ökonomen der spanischen sozialistischen Partei, die die Zeitschrift „Actualidad Economica“ Mitte März veranstaltete¹².

In dieser Debatte wurde die Kernfrage aufgeworfen: Fürchten die spanischen Unternehmer vor allem das Nationalisierungsprogramm der Partei? Der Ökonom und Parlamentarier *Baron*, Koordinator für Wirtschafts- und Haushaltsfragen, betonte, wenn die Unternehmer heute in Spanien Angst hätten, so weniger vor Zukunftsprogrammen als vielmehr angesichts der Probleme der Gegenwart: angesichts der Rezession, die sich in Spanien immer noch oder schon wieder tiefgreifend auswirkt, angesichts der Erschütterung des Kredit systems, der Bedrohung der Schutzzölle, wie sie mit den laufenden Verhandlungen zum EG-Beitritt beginnt, angesichts des „Sozialfriedens per Dekret“ (nach dem sogenannten „Pakt von Monclóa“), kurz gesagt: angesichts des frischen Windes der Marktwirtschaft, dem der Unternehmer nun so wie in den USA und in der Bundesrepublik ausgesetzt werden soll. Eine „Panik“ angesichts der Sozialisten dagegen gebe es nicht.

12 Artikel „Si los socialistas gobernaren mañana“, in: Actualidad Economica, 18. März 1978.

Sein Kollege *Boyer* (Koordinator der Industriepolitik-Kommission) betonte, die Nationalisierungspläne im Programm der PSOE seien scharf umgrenzt und beträfen die eisenschaffende Industrie und die Elektrizitätswirtschaft. „Der Haß gegen Unternehmer ist eine Kinderkrankheit der Ultralinken, mit der wir nicht infiziert sind!“ Es gehe den Sozialisten um die Hochhaltung des Beschäftigungsniveaus, und damit stünden sie den Sorgen der Unternehmer keineswegs fern — allerdings gehe es nicht um Subsidien um jeden Preis, sondern um gezielte Finanzstützungsmaßnahmen, die nicht in Protektionismus ausarten dürften.

Aymerich, ein Ökonom vom Vorstand der Madrider Parteiorganisation, präzierte weiter, daß Teile der Nahrungsmittelindustrie und der pharmazeutischen Industrie, vor allem aber „einige große Banken, die heute die Finanzvorherrschaft ausüben“, nationalisiert werden sollten. Interessanterweise sprach er auch von einer Umorganisation des Sparkassensektors.

Baron griff nochmals ein und betonte, es handele sich keineswegs darum, nun einer generellen Verstaatlichungswelle das Wort zu reden; vielmehr gelte es, mit wirtschaftspolitischen Mitteln indirekter Art den mittleren und kleinen Unternehmen zu helfen, was die Regierung heute vernachlässige. Im übrigen seien große Nationalisierungen in der Vergangenheit von der Rechten vorgenommen worden: so die der Eisenbahnen nach dem Bürgerkrieg 1939, ferner neuerdings die große Reederei Transmediterranea — allerdings zum Vorteil und zur Freude der Besitzer, der Familie March.

Der Redaktionsvertreter spielte darauf an, daß angeblich manche Bankkreise mit der PSOE sympathisierten. Boyer bestätigte, die Bankkreise hätten im Wahlkampf nicht gegen die Linke diskriminiert, und er führte das vor allem darauf zurück, daß jüngere Bankleute gegen die Vorherrschaft der großen Familien revoltierten, die eine sinnvolle Erfüllung der eigentlichen Bankaufgaben verhinderten. Der Ökonom *Rodriguez* (Koordinator der Wirtschaftskommission) betonte, man strebe ja auch positive Ziele an, zum Beispiel die Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Banken und Sparkassen, dieweil letztere bislang nur das finanziert hätten, was die Banken nicht finanzieren wollten. Aymerich fügte das Ziel einer Reform des Kapitalmarkts hinzu, Boyer dagegen erachtete die Steuerreform für besonders dringlich: „Es kommt nicht so sehr darauf an, daß Spanien ein sozialistischer Staat wird — es muß erst einmal ein moderner Staat werden!“ In diesem Zusammenhang verwies er darauf, daß die spanische Steuerquote die niedrigste in der OECD sei - niedriger als in Griechenland, Portugal und der Türkei! Bisher sei die Steuerhinterziehung ein „Luxussport“ gewesen, und alle Steuererhöhungen hätten den Verbrauch getroffen.

Die Redaktion stellte die Frage, ob man es sich nicht etwas zu einfach gemacht habe, wenn man die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle, ohne erst einmal die Inflation zu stoppen. *Leguina* (Ökonom beim Parteivorstand der Madrider Organisation) bestritt, daß die Regierung etwas Wesentliches gegen die Arbeitslosigkeit täte; ihr Stabilisierungsprogramm müsse zwangsläufig noch mehr Arbeitslosigkeit schaffen.

Rodriguez wies daraufhin, in Kreisen der Rechten sei jetzt eine optimistische Theorie in Mode, wonach man mit der Inflationsbekämpfung gleichzeitig die Voraussetzungen für die Vollbeschäftigung schaffe — er sei demgegenüber pessimistisch, denn das sei eine grobe Vereinfachung . . . Es gehe hier um strukturelle Probleme, zum Beispiel in der Bauwirtschaft und im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit (15 Prozent!) . . .

Boyer dürfte in dieser Debatte die Auffassungen der spanischen Linken insgesamt zum Ausdruck gebracht haben, als er sagte, eine fundamentale Umstrukturierung der Gesellschaft sei in Spanien ohnehin überfällig und würde bereits unter dem jetzigen Regime von den Umständen erzwungen werden: Diese Transformation würde, wenn sie von den Sozialisten

durchgeführt werde, nicht brüsk, aber intensiv gestaltet werden. Baron fügte dem hinzu, immerhin versuche die spanische Rechte aber immer noch, diese überfälligen Transformationen zu blockieren. Zum Mitbestimmungsthema sagte Boyer, zwar wolle niemand Industriebetriebe über ständige Betriebsversammlungen lenken, aber es ginge darum, daß die Unternehmensleitungen ihren Arbeitnehmern gegenüber genauso Rechenschaft ablegen müßten wie die Regierung vor dem Parlament. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht nicht unwesentlich, auf die Begünstigung hinzuweisen, die die spanischen Genossenschaften — insbesondere die Produktivgenossenschaften vom Typus Mondragon - durch alle spanischen Parteien, von der Mitte bis links, erfahren.

Diese sozialistischen Vorstellungen auf wirtschaftspolitischer Ebene dürften weitgehend von der spanischen Gewerkschaftsbewegung — UGT wie CCOO — geteilt werden. Bislang ist die wirtschaftspolitische Komponente *Carrillos*, dessen Einstellung gegenüber dem „Pakt von Moncloa“ sich mit der der Sozialisten deckte, nahezu ununterscheidbar von der sozialistischen Linie. Es wird sich in der Zukunft zeigen, ob sich die kommunistischen Vorstellungen weiter nach links bewegen — etwa unter dem Druck einer stärker werdenden moskaufreundlichen Opposition innerhalb und außerhalb der Partei, von der aber trotz der Bemühungen des Führers der moskauhörigen Zwergpartei, *Lister*, noch so gut wie nichts zu merken ist —, oder ob sie, was wahrscheinlicher ist, ihre Konzeptionen von der vorsichtigen Wirtschaftspolitik der italienischen Kommunisten und ihrer Gewerkschaftsorganisation, der CGIL unter Lama, beziehen werden. Zur Zeit wächst der geistige Einfluß der italienischen Kommunisten und Gewerkschafter in Spanien.